



Studieren mit psychischen Erkrankungen: Handlungsbedarfe aus Sicht des Deutschen Studierendenwerks

Prof. Dr. Beate Schücking, Präsidentin des Deutschen Studierendenwerks, Berlin

Fachtagung der Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung (IBS) des Deutschen Studierendenwerks (DSW) am 8. und 9. November 2023

Guten Tag, sehr geehrte Teilnehmer*innen,

auch von meiner Seite noch einmal ein herzliches Willkommen an diesem Novembertag zur Fachtagung der IBS. Das große Interesse an der Tagung zeigt: Das Thema psychische Erkrankungen und Hochschule treibt viele um. Mein Dank gilt dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, das die IBS und die anderen beiden Kompetenz- und Servicestellen des Deutschen Studierendenwerks voraussichtlich auch die nächsten vier Jahre fördert und dadurch solche Fachtagungen erst ermöglicht.

Die multiplen Krisen unserer Tage, der Terrorangriff auf Israel und der fürchterliche Krieg Russlands gegen die Ukraine, die Inflation sowie die immer deutlicheren Auswirkungen des Klimawandels belasten die Studierenden aktuell erheblich. Es ist nicht leicht, angesichts all dessen ein gesundes emotionales Gleichgewicht zu behalten. Besonders für junge Menschen, die noch viel Zeit auf diesem Planeten verbringen werden und die sich in einer sozial und wirtschaftlich oft unsicheren Lebensphase wie dem Studium befinden. Und dazu die Nachwirkungen von Corona: Vier Pandemiesemester, drei davon reine Lockdown-Semester mit sozialer Isolation haben bei einem Teil der Studierenden ihre Spuren hinterlassen.

Die Beratungsstellen nehmen wahr, dass die psychischen Belastungen der Studierenden angesichts der multiplen Krisen gravierender, existenzieller geworden sind. Früher kamen Studierende wegen klassischer studienbezogener Themen in die psychologische Beratung. Heute reichen die Problemlagen von wirtschaftlichen Existenzängsten aufgrund von mangelnder Studienfinanzierung bis zu allgemeinen Zukunftssorgen mit Blick auf Klima und Krieg. Die Welt im Allgemeinen und die Lebenslage vieler Studierender im Speziellen sind unsicherer geworden. Das führt zu Ängsten, Zweifeln, depressiven Verstimmungen und häufiger als früher sogar zu Suizidgefährdung. In Studien zeigt sich sogar, dass Suizid- und Selbstverletzungsgedanken deutlich zunehmen über die Jahre 2020-22, zuletzt berichten fast 20% der Befragten davon.

Die psychologischen Beratungsstellen der Studierendenwerke werden auch nach dem offiziellen Ende der Pandemie förmlich überrannt. Die Wartezeiten haben sich an manchen Standorten vervielfacht. Es ist davon auszugehen, dass der Belastungsgrad über einen längeren Zeitraum anhalten wird, denn auch die Resilienz Studierender schwindet, zumindest für Universitäten ist das nachgewiesen. Und mich wundert es auch nicht, dass



diejenigen, die die Pandemie in jüngerem Alter erlebt haben, jetzt als Studierende vulnerabler sind.

Auch die Beauftragten und Berater*innen für Studierende mit Behinderungen berichten, dass mehr Ratsuchende mit psychischen Erkrankungen und mit komplexen Bedarfen Beratung benötigen. Die IBS hat im Sommer 2023 gut 130 Beauftragte für Studierende mit Behinderungen an ebenso vielen Hochschulen befragt: 78% berichten, dass der Arbeitsaufwand in den letzten drei Jahren deutlich gestiegen ist, zwei Drittel bewerten die personelle Ausstattung des Arbeitsbereichs Studium und Behinderung als (eher) unzureichend. Das verwundert nicht, da 64% der Befragten die Aufgaben überwiegend allein und meistens in Teilzeit erledigen müssen.

Neben der individuellen Beratung sind Gruppenangebote wichtig – gerade in der Studieneingangsphase –, um sich mit Studierenden in einer ähnlichen Lebenssituation auszutauschen. Oder um gezielte Unterstützung anzubieten für Studierende, die nach einer Unterbrechung, z.B. wegen eines Klinikaufenthalts, wieder zurück ins Studium finden müssen. Einige dieser guten Beispiele stellen wir auf dieser Fachtagung vor: Gerade für die wichtigen Gruppenangebote fehlen oft die Mittel.

Auch hochschul- und studierendenwerksübergreifende Angebote sollten wir diskutieren, und zwar nicht als Modellprojekte, sondern zur dauerhaften Implementation. Ein Beispiel für ein übergreifendes Angebot wäre eine bundesweite Plattform für online basierte Schulungsangebote zu Themen wie Achtsamkeit, Stressbewältigung, Resilienz, aber auch zum Umgang mit sozialen Ängsten oder Depressionen. Diese können auch den Weg in das Unterstützungssystem bahnen bzw. Beratungsangebote ergänzen, die durch den persönlichen Kontakt immer unverzichtbar bleiben werden.

Das DSW begrüßt sehr, dass im Zuge der Corona-Krise einige Bundesländer Sonderprogramme zum Corona-bedingten Ausbau der psychologischen Beratungsstellen aufgelegt haben. Diese Programme laufen zum Jahresende 2023 teils aus. Positiv ist auch, dass einige Länder – z.B. Sachsen und Nordrhein-Westfalen – zweckgebundene Inklusionsmittel bereitstellen.

Bund und Länder müssen die personellen Kapazitäten der psychosozialen Beratungsstellen der Studierendenwerke und Hochschulen weiter ausbauen. Perspektivisch muss es zu einer Verstärkung der bereitgestellten Mittel kommen. Auch die zweckgebundenen Inklusionsmittel sollten aufgestockt werden und vor allem in viel mehr Ländern Schule machen. Dies ist umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass wir viele Studierende, die Unterstützung brauchen, noch gar nicht erreichen. 70% der Studierenden mit psychischen Erkrankungen hat bspw. Beratungsbedarf zu Lern- und Leistungsproblemen bzw. Prüfungsangst, aber nur gut jede und jeder Dritte hat Beratung dazu in Anspruch genommen.

77% der Studierenden mit psychischen Erkrankungen berichten über Schwierigkeiten in Bezug auf Prüfungen und Leistungsnachweise, aber nur 18% haben Nachteilsausgleiche



beantragt. Gefragt danach, warum sie keine Nachteilsausgleichen beantragt haben, sagen jeweils gut 40%, dass ihnen die Möglichkeit nicht bekannt war bzw. sie Hemmungen hatten, sich an jemanden zu wenden.

Wir haben es also einerseits mit Informationsdefiziten zu tun, insbesondere aber mit Schwierigkeiten, offen mit der eigenen Beeinträchtigung umzugehen. Neben der Akzeptanz der eigenen Beeinträchtigung spielt das Verhalten von Lehrenden, Verwaltungsmitarbeitenden und Kommiliton*innen eine wichtige Rolle. Viele berichten, wie belastend es ist, sich immer wieder fremden Menschen offenbaren zu müssen. Es macht einen Unterschied, ob Lehrende auf Beratungsangebote und die Möglichkeit von Nachteilsausgleichen aktiv hinweisen oder bei nicht-sichtbaren Beeinträchtigungen mit Misstrauen und Unverständnis reagieren.

Ich bin dankbar, dass beim Thema Nachteilsausgleich die Hochschulrektorenkonferenz sich auf den Weg gemacht hat, eine Empfehlung zu erarbeiten. Das unterstützen wir sehr und setzen darauf, dass die HRK-Gremien zu weisen Beschlüssen kommen.

Aus dem bisher Gesagten wird schon deutlich: Studieren mit psychischer Beeinträchtigung ist ein großes Thema, im Rahmen von Gesundheitsförderung an Hochschulen. Diese systematisch auszubauen, haben sich einige bereits auf den Weg gemacht. Flächendeckende Programme, die sich insbesondere der Verhältnisprävention widmen, müssen unser gemeinsames Ziel sein!

Meine Damen und Herren,

zum Schluss ein Blick auf einige strukturelle Faktoren, die das Studium mit psychischen Erkrankungen erschweren: unzureichende Studienfinanzierung und die Prüfungskultur in vielen Fächern stellen echte Barrieren dar.

Ein erheblicher Belastungsfaktor ist die Doppelbelastung von Studium und Jobben, die ungesicherte Studienfinanzierung. Studierende mit psychischen Beeinträchtigungen sind deutlich häufiger als nicht beeinträchtigte Studierende unbedingt auf jobben angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Mehr als ein Fünftel berichtet über finanzielle Schwierigkeiten. Das ist auch eine Folge einer unzureichenden staatlichen Studienfinanzierung: Inflation, ein seit Jahrzehnten überhitzter Wohnungsmarkt, der die Mietpreise gerade in den großen Hochschulstädten in die Höhe treibt, auf der einen Seite und eine unzureichende Anpassung der BAföG-Sätze auf der anderen Seite haben eine Folge: zum Leben reicht das BAföG vielfach nicht mehr aus. Wir brauchen eine weitere kräftige BAföG-Anhebung, die die Studierenden über die Inflation trägt. Dazu gehört die Anhebung des BAföG-Grundbedarfs auf 563 Euro – wie beim Bürgergeld ab 2024 – und der Wohnkostenpauschale auf 410 Euro. Auch ist eine regelmäßige Anpassung an die Inflation beim BAföG zwingend erforderlich.

Für diese Legislaturperiode ist eine strukturelle Reform des BAföG angekündigt. Sie ist dringend notwendig, denn das BAföG passt nicht mehr zu den vielfältigeren Lebenswirklichkeiten und Lebensentwürfen der Studierenden. Durch ein Bündel von



Maßnahmen muss erreicht werden, dass mehr Studierende die BAföG-Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehört unter anderem die Anhebung der Förderungshöchstdauer, aber auch die Berücksichtigung behinderungsbedingter Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt.

Best3 zeigt, dass die zeitlichen und formalen Vorgaben für das Studium die größte Hürde für Studierende mit psychischen Beeinträchtigungen sind. Wir haben es heute Morgen gehört: Fast drei Viertel berichten über Schwierigkeiten mit dem Leistungspensum, rund die Hälfte über Schwierigkeiten mit Selbstlernphasen und der Prüfungsdichte. Mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge seit den 2000er-Jahren hat eine Beschleunigung des Studienalltags eingesetzt, die den Druck auf die Studierenden merklich erhöht hat.

Der Wissenschaftsrat hat in seiner Empfehlung für eine zukunftsfähige Ausgestaltung von Studium und Lehre aus dem letzten Jahr eine neue Prüfungskultur und eine diversitätssensiblere Ausgestaltung der Lehre angemahnt. Dazu hat er vorgeschlagen, die Zahl der summativen Prüfungen zu reduzieren und auf die Bewertung von Kompetenzen auszurichten, Prüfungsleistungen in der Studieneingangsphase nicht oder in geringerem Umfang auf die Abschlussnote anzurechnen und die Studierbarkeit in einem faktischen Teilzeitstudium zu verbessern.

Diese Maßnahmen könnten dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Beeinträchtigung und Studium deutlich zu verbessern. Davon profitieren nicht nur Studierende mit Beeinträchtigungen, sondern auch Studierende mit Kind, Erstakademiker*innen und Studierende, die nebenher arbeiten. Warum werden sie bisher so selten umgesetzt? Sie können meist nur auf Studiengangsebene implementiert werden – und hier müssen altgewohnte Routinen und Prüfungskulturen auf den Prüfstand. Ein mögliches Instrument wären Systemakkreditierungen, denen sich inzwischen viele Hochschulen unterziehen. Die Debatten dazu sind mühsam und deshalb nicht beliebt. Lassen Sie uns gemeinsam hierzu beitragen – wir könnten bspw. auch an die Akkreditierungsagenturen appellieren, diese Aspekte stärker in den Blick zu nehmen.

Ich komme zum Schluss:

Dass ein Studium abgebrochen oder auf einen Master verzichtet wird, weil es an der Vereinbarkeit von Studium und psychischer Beeinträchtigung fehlt: Das können und dürfen wir uns nicht länger leisten. Hochschulen stehen in einem zunehmenden Wettbewerb um Studierende, die Gesellschaft braucht die Fachkräfte von morgen.

Es wäre fahrlässig, wenn die 22. Sozialerhebung und „best3“ in der Schublade verschwinden und wir zur Tagesordnung übergehen. Wir alle – Bund, Länder, Hochschulen und Studierendenwerke – sind gefordert, entschlossen für eine bessere Vereinbarkeit von Studium und psychischer Erkrankung zu sorgen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Results: More than one third of students exhibited clinically relevant symptoms of depression (35.5%), hazardous alcohol use (33.0–35.5% depending on gender) or anxiety disorder (31.1%). Taken together, almost two out of three (61.4%) students reported clinically relevant symptoms in at least one of the aforementioned symptom patterns, while almost one fifth of students reported suicidal ideation or thoughts of self-harm (19.6%). Higher perceived stress and loneliness significantly predicted higher levels of depressive symptoms, while resilience and social support were identified as protective factors. Compared to 2020 and 2021, levels of depressive symptoms were significantly reduced in 2022, levels of hazardous alcohol consumption showed a small but significant increase from 2021 to 2022. Worryingly, prevalence of suicidal ideation was the highest yet, being significantly higher than in 2020 (14.5%) and 2021 (16.5%).